

FES ATHEN		
EINGEGANGEN		
- 5 JAN. 1990		
FCB	A.D.	SF

Nr. 5

**KURZPAPIER DER ABTEILUNG AUSSENPOLITIK-
UND DDR-FORSCHUNG
Arbeitsbereich "Osteuropa und Sowjetunion"**

Henrik Bischof

**DIE KRISE DER SED-IDEOLOGIE IM LICHT
DER REFORMPROZESSE IM REALSOZIALISMUS**

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung ist (auch in Auszügen) nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der FES gestattet.

Bonn 2, im November 1989

Anschrift: Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2

Ein Gespenst geht um in Europa - vor allem im europäischen Teil des real existierenden Sozialismus -, dem auch die DDR angehört: das Gespenst von "Glasnost" und "Perestrojka". Im Oktober 1989 erreichte dieses Gespenst auch die SED in der DDR und stürzte die Staatspartei und ihre bisherige Ideologie in eine tiefe Krise.

Die SED-Ideologie war bislang durch ein dogmatisches Herangehen an das theoretische Erbe der Klassiker des Marxismus-Leninismus sowie lebens- und realitätsferne theoretische Anschauungen gekennzeichnet. Sie war nicht in der Lage, den notwendigen wissenschaftlichen Vorlauf zur Unterstützung der notwendigen Reformmaßnahmen in der Praxis zu schaffen. Die SED-Ideologie unterschätzte das Maß der unbewältigten Probleme im Realsozialismus, verkannte die Wirksamkeit des Kapitalismus, erzeugte ungerechtfertigten Optimismus bei der Bewertung der Kräfteverhältnisse in der Welt und versperrte den Blick für die Dimension der innergesellschaftlichen Zäsur-situation in der DDR. Die größten Defizite hatte die SED-Ideologie bei der Analyse der neuen Tendenzen und Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung im Realsozialismus, der neuen Prozesse im Kapitalismus sowie des Verlaufs und der Perspektiven des Systemwettbewerbs zu verzeichnen. Insbesondere der Rektor der SED-Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Prof. Otto Reinhold, lieferte in zahlreichen Beiträgen und Rundfunkkommentaren die ideologische Begründung für die starre SED-Politik (vgl. u.a. Otto Reinhold, Aktuelle Probleme der weiteren Entwicklung des Sozialismus, in: Einheit, Nr. 1/1989; Ders., Kurs XII. Pateitag - Kontinuität und Erneuerung in unserer Gesellschaft, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, Nr. 6/1989; Ders., Die Gestaltung des entwickelten Sozialismus in Theorie und Praxis, in: Einheit, Nr. 9-10/1989).

Es besteht daher ein akuter Nachholbedarf für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung in der DDR. Denn die SED-Führung steht vor dem Scherbenhaufen ihrer 40jährigen Poli-

tik. Auch für die SED der DDR gilt die Aussage, die auf der Parallel-Demonstration anlässlich des 72. Jahrestages der Oktoberrevolution am 7. November 1989 in Moskau auf einem Spruchband zu lesen war: "Proletarier aller Länder - vergebte uns!"

Reformprozesse im Realsozialismus

Die mit dem Namen des sowjetischen Staats- und Parteichefs Gorbatschow seit 1985 verbundene neue Richtlinie der "revolutionären Umgestaltung" (Perestrojka) des Realsozialismus wurde unter den Verbündeten der Sowjetunion in Osteuropa unterschiedlich aufgenommen. Einige Länder (Polen, Ungarn) begrüßten "Perestrojka" vorbehaltlos. Andere (Tschechoslowakei, Bulgarien) zeigten bei einer verbalen Bereitschaft der Anpassung an Moskau eine unsichere, abwartende und vorsichtige Haltung. Bei einer dritten Ländergruppe stieß "Perestrojka" auf eine offene und kühle Ablehnung. Dazu gehörte - neben Rumänien - auch die DDR.

Die SED der DDR fürchtete nach dem bekannten Ausspruch des Chefideologen Kurt Hager den politischen "Tapetenwechsel". Sie kreierte den Slogan über den "Sozialismus in den Farben der DDR" (vgl. Was bedeutet Sozialismus in den Farben der DDR?, in: Neues Deutschland, 27. Februar 1989). Damit sollte vorgetäuscht werden, daß die DDR einen eigenen, nationalen Entwicklungsweg beschreitet. In Wirklichkeit jedoch setzte die SED die poststalinistische Politik des Aufbaus des Sozialismus nach sowjetischem Modell fort, von der sich die Sowjetunion im Zuge der "Perestrojka" gerade zu lösen versucht sowie Polen und Ungarn sich auf nationalen Wegen bereits abgewandt haben. Insofern konnte von einem nationalen Weg des Sozialismus in den Farben der DDR keine Rede sein. Der nationalkommunistische Weg äußert sich nicht in der Ablehnung von "Glasnost" und "Perestrojka", sondern durch die Abkehr vom poststalinistischen Modell des Realsozialismus. Der Widerspruch in der SED-Ideologie wurde offenkundig.

Erst aufgrund des Aufbegehrens der DDR-Bevölkerung im Oktober 1989 vollzog die SED eine rasche, wenn auch verspätete Wende. Es tat sich ein weiterer Widerspruch auf. Es ließ sich nämlich nicht lange bewerkstelligen, daß die DDR, die im östlichen Bündnis über die entwickeltste Industriegesellschaft verfügt, gemeinsam mit der orientalischen Despotie in Rumänien jedoch auf Dauer eine Ablehnungsfront gegen die "Perestrojka" bildet. Noch im Sommer 1988 lagen sich Honecker und Ceausescu in den Armen. Im Sommer 1989 solidarierte sich die SED-Führung mit der KP Chinas bei der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung chinesischer Studenten. Gleichzeitig verstärkte sich die Kampagne führender SED-Ideologen (Kurt Hager, Otto Reinhold) gegen die reformorientierten Länder in Osteuropa. Otto Reinhold bereitete vor allem die Entwicklung in Ungarn und Polen sowie die Bestrebung der Sozialdemokratie Sorge, die "Umgestaltung in Richtung einer bürgerlichen Gesellschaft zu lenken". Das würde bedeuten, sagte Reinhold ahnungsvoll, daß "vor allem die politische Macht der Arbeiterklasse beseitigt und durch irgendeine Form des politischen Pluralismus ersetzt und die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei abgebaut wird, daß die sozialistische Planwirtschaft durch irgendeine Form kapitalistischer Marktwirtschaft ersetzt werden soll" (Radio DDR II, 24. Juni 1989).

Inzwischen befinden sich Polen und Ungarn in raschem Tempo auf dem Weg zur Marktwirtschaft (auf der Grundlage eines gemischten Wirtschaftssystems) und zur parlamentarischen Demokratie durch freie Wahlen auf der Grundlage eines Mehrparteiensystems. Vor allem die Ereignisse und die Reformprozesse in Ungarn haben die Herausbildung des neuen Denkens in der SED und von oppositionellen Gruppen in der DDR beeinflußt. Die vollzogene Wende in der DDR führte ihrerseits bei den Zauderern, der Tschechoslowakei und Bulgarien, zur Erosion, während Rumänien als einziger europäischer Verbündeter Moskaus die notwendige Umgestaltung nach wie vor ablehnt und auf das "letzte Gefecht" warten läßt.

Die SED der DDR stellte bis zur Wende nicht zufällig den Streit der Ideologien, d.h. den Kampf zwischen der kommunistischen Ideologie des Marxismus-Leninismus und den bürgerlichen Ideologien, bewußt in den Mittelpunkt ihres Agierens. Dieser von der SED forcierte Ideologiestreit zwischen Realsozialismus und Kapitalismus verdeckte die sich anbahnende ideologische Auseinandersetzung zwischen den bislang sowjetorientierten Ländern untereinander. Die Asynchronität der Reformprozesse in der Sowjetunion und in den Staaten Osteuropas führte unweigerlich zur Pluralität der marxistisch-leninistischen Ideologie während des Aufbaus des Sozialismus mit nationalen Besonderheiten. Die Reformkommunisten in Ungarn verzichteten sogar ganz auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus. Die auf diese Weise herausgebildeten nationalen "Marxismen" bilden nunmehr die Wurzeln für politische Konflikte zwischen den einzelnen Ländern des Realsozialismus, die bereits zutage getreten sind.

Das veränderte Sozialismusbild

Die SED der DDR hielt sich zumindest bis zur Wende im Oktober 1989 an einem veralteten Sozialismusbild der 50er Jahre fest, welches die "gesetzmäßige" Entwicklung des Sozialismus evolutionär, geradlinig, ungebrochen, ohne oder mit schwachen, nicht antagonistischen Widersprüchen darstellt (vgl. Otto Reinhold, Zur marxistisch-leninistischen Gesellschaftskonzeption unserer Partei, in: Einheit, Nr. 10-11/1987). Diese Darstellung sowie die Verabsolutierung der materiellen Produktion gegenüber anderen Sphären der Gesellschaft und der Mythos des Großunternehmens (je größer, um so sozialistischer), d.h. der Kombinate, bildeten das größte Hindernis für eine Modernisierung des Realsozialismus in der DDR. Die SED-Ideologen haben nicht erkannt, daß sich die Bedingungen und die Bewußtseinsmerkmale für die Legitimation einer sozialistischen Gesellschaft grundlegend geändert haben und daß diese Veränderung den Entwurf eines neuen Sozialismus-

bildes erfordert (z.B. Otto Reinhold, Zur Gesellschaftskonzeption der SED, in: Einheit, Nr. 6/1989).

Während einige Verbündete der DDR beim Aufbau des Sozialismus bereits emsig nach neuen Motivationen (Anreizen, Interessen, Anhaltspunkten, Triebkräften) suchten, wollte die SED die Bürger der DDR weiterhin in ein Kleid hineinzwängen, das schlecht geschneidert worden ist. Während andere Länder des Realsozialismus unter Berücksichtigung ihrer nationalen Besonderheiten alternative Sozialismusmodelle entwickelten, hielt die SED an einem solchen stalinistischen Sozialismusmodell fest, das am wenigsten den "konkreten Bedingungen" der DDR entsprach. Während in der Sowjetunion die öffentliche Auseinandersetzung über das von Stalin geprägte Sozialismusmodell täglich neue Höhepunkte erreicht hat, blieb die Veröffentlichung des kritischen Becker-Manuskripts aus dem Jahre 1956 ein isoliertes Einzelereignis (Sinn und Form, Juni 1988). Vielmehr polemisierte die SED gegen die sowjetischen Bemühungen, die stalinistische Vergangenheit zu bewältigen und zeigte sich nicht bereit, die "weißen Flecken" in der Geschichte der KPD aufzuarbeiten (vgl. Hanna Wolf, in: Neues Deutschland, 6./7. Mai 1989). Erst nach der Wende wurden, so z.B. von Prof. Jürgen Kuczynski und dem Politologen André Brie, in Presseartikeln die schonungslose Aufarbeitung stalinistischer Repressionen und die Aufdeckung von "weißen Flecken" in der Geschichtsschreibung gefordert (in: National-Zeitung, 14. November 1989 und Tribüne, 17. November 1989). Auch die Historiker des Akademie-Zentralinstituts für Geschichte lehnten in einem Aufruf ab, wie bisher ein "geglättetes, geschöntes Geschichtsbild" zu verbreiten (ADN, 22. November 1989).

Die überkommene und unmodern gewordene ideologische Konzeption des traditionellen Sozialismusbildes der DDR geriet zunehmend in Widerspruch zur Wirklichkeit. Die SED verharrete in den Fängen stalinistischen Dogmatismus, indem sie bis zuletzt an der Gesetzmäßigkeit der Verschärfung des Klassen-

kampfes - einer Aussage, die keinen eigenen theoretischen Inhalt hat - klammerte. Sie tat dies, obwohl der sowjetische Außenminister Schewardnadse bereits im Anschluß an die 19. Parteikonferenz der KPdSU im Juli 1988 bestätigte, daß der Klassenkampf im Atomzeitalter nicht mehr Bestandteil der Außenbeziehungen sein dürfe (NZZ, 28. Juli 1988). Dagegen vertraten SED-Ideologen weiterhin die These, daß Abrüstung und Entspannung weder den Klassenkampf noch die Gegensätze zwischen Sozialismus und Kapitalismus aufheben (Erich Hahn, Ideologien und Werte im geistigen Kampf unserer Zeit, in: Einheit, Nr. 2/1988, S. 178).

Klassenkampf, Proletardiktatur, Staatseigentum (Volkseigentum) gehörten bis heute zum Repertoire der offiziellen SED-Ideologie, während in reformbewußten Ländern des Realsozialismus die neue Ideologie von Begriffen wie nationale Einheit, Kompromiß, Toleranz, Aktiengesellschaft, Kleinunternehmen, zweistufiges Bankensystem, Börse usw. geprägt war. Die Reformflügel der regierenden kommunistischen Parteien schienen erkannt zu haben, daß das herausgebildete ideologische System, welches früher als Antriebskraft für die Umsetzung politischer Entscheidungen in die Praxis eingesetzt wurde, heute nicht mehr gültig ist. Die Feststellungen der Ideologie des sog. "wissenschaftlichen Sozialismus" sind unzeitgemäß geworden (vgl. Anatoli Butenko, Antagonismen im Sozialismus?, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 5/1989).

Allerdings zeigt die gegenwärtige Auseinandersetzung zwischen Reformern und Konservativen in der Sowjetunion eindrucksvoll, wie schwer es ist, gegen die Reste vulgärmarxistischen Dogmatismus und seine Nachwirkungen in Staat und Gesellschaft anzukämpfen. Im Ideologiestreit zwischen Reformern und Konservativen in den Ländern des Realsozialismus übernahm die SED die Rolle eines "ideologischen Gendarmen". Während der sowjetische Chefideologe Gorbatschows, Wadim Medwedew, keine Gelegenheit ausließ, die Ausarbeitung einer

neuen Konzeption des Sozialismus zu fordern, hielt sich die SED an den "altbewährten Grundsätzen" fest. Dies ging nicht nur aus einem SED-Kommentar zur 19. Parteikonferenz der KPdSU hervor (Neues Deutschland, 8. Juli 1988). Das SED-Zentralorgan druckte auch Beiträge der "Perestrojka"-Gegner Nina Andrejewa aus "Sowjetskaja Rossija" und Alois Indra, Mitglied des Präsidiums des ZK der KP der CSSR, aus "Rudé Pravó" nach (Neues Deutschland, 8. März und 2./3. April 1988).

Während die Reformkommunisten etwa in Ungarn die Existenz von politischem, wirtschaftlichem und ideologischem Pluralismus anerkannten und auf die Hegemonie der Ideologie des Marxismus-Leninismus verzichteten, wollte der SED-Ideologe Otto Reinhold noch im Juni 1989 auch im Rahmen eines künftigen DDR-Modells des Sozialismus an der politischen Macht der Arbeiterklasse, der führenden Rolle der SED, dem Staats-eigentum an wichtigen Produktionsmitteln und der "Dominanz" der marxistisch-leninistischen Ideologie nicht gerüttelt sehen (Neues Deutschland, 17. Juni 1989). Allerdings gab es bereits vor einem Jahr in der SED Wissenschaftler, darunter Prof. Alfred Kosing vom Institut für Marxistisch-Leninistische Philosophie, die die Notwendigkeit politischer und wirtschaftlicher Reformen in der DDR erkannt haben (Alfred Kosing, Die Dialektik der weiteren Entwicklung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Nr. 7/1988). Kosing trat auch nach der Wende für aufeinander abgestimmte Reformen in der DDR ein (Neues Deutschland, 28. Oktober 1989).

Ein kaum lösbares Problem für die von der SED vertretene Ideologie des Marxismus-Leninismus war die Tatsache, daß diese Ideologie ausschließlich für die Aufgabe konzipiert wurde, die politische Macht zu erlangen und für die Machtübernahme den Nachweis zu erbringen. Ihre einzige Funktion war die Aufstellung von Prognosen und Vermutungen mit dem abstrakten Versprechen, eine goldene Zukunft zu schaffen.

Bis zur Wende beschränkte sich die SED-Ideologie auf die Erfüllung der Aufgabe, die Übernahme der politischen Macht zu legitimieren. Was ihr fehlte, war die ideologische Legitimation während der Machtausübung. Der Begriff Macht ist in der Sozialismustheorie der SED bis heute nicht ausgearbeitet und wird nach wie vor synonym zu Staat und Politik benutzt.

Während die Reformkommunisten in Polen und Ungarn in ihren Ländern das Mehrparteiensystem und freie Wahlen zuließen sowie den Begriff "demokratischer Sozialismus" anstelle von "sozialistische Demokratie" eingeführt haben, sprach der SED-Professor Reinhold auch nach der Wende von der weiteren Entwicklung der "sozialistischen Demokratie", die synonym zur Einparteienherrschaft der SED benutzt wird (Radio DDR II, 14. Oktober 1989). Tatsache ist aber, daß die "Klassiker" des Marxismus-Leninismus die Möglichkeit eines Mehrparteiensystems nicht ausschließen. Nach Ansicht der Reformkommunisten in Osteuropa ist deshalb der Übergang zum Mehrparteiensystem nicht als eine gegen den Sozialismus gerichtete Entwicklung anzusehen.

Im weiteren resultierte die gegenwärtige Krise des Marxismus-Leninismus aus der Tatsache, daß die SED-Führung die Funktion der Ideologie, Kritik zu üben, jahrzehntelang gewaltsam unterdrückt und bis zur Wende verboten hatte. Dieses Vorgehen führte dazu, daß das theoretische und gesellschaftswissenschaftliche Denken langsam, aber sicher verkümmerte. Es wurde nicht erkannt, daß, wenn überhaupt, nur eine vom Geist des Dogmatismus gereinigte "marxistisch-leninistische" Gesellschaftswissenschaft in der Lage sein könnte, auf zeitgemäße Fragen überzeugende Antworten zu geben. Es war daher nicht verwunderlich, daß Redner auf Massendemonstrationen (etwa in Dresden) den Rücktritt exponierter Vertreter der bisherigen SED-Ideologie, darunter von Kurt Hager und Otto Reinhold, namentlich forderten. Inzwischen hat allerdings Prof. Reinhold öffentlich erklärt, daß die Mitarbeiter seiner Akademie bei der SED-Führung 40 Studien

über notwendige Reformen noch vor der Wende eingereicht haben. Sie fanden jedoch keine Beachtung.

Das veränderte Kapitalismusbild

Die Krise der von der SED propagierten marxistisch-leninistischen Ideologie läßt sich nicht zuletzt darauf zurückführen, daß ihr eine umfassende Theorie des Kapitalismus von hohem Niveau fehlt, die wissenschaftlichem Anspruch standhält. Während die SED-Ideologie 40 Jahre lang den gesetzmäßigen Zusammenbruch des Kapitalismus propagierte, ging der Kapitalismus in Wirklichkeit aus jeder Krise wirtschaftlich gestärkt und ohne größere soziale Spannungen hervor. Insofern wirkte die These von der Zusammengehörigkeit der Begriffe "Kapitalismus" und "Krise", auf der die SED-Ideologie beharrte, immer abgenutzter. In Wirklichkeit ist es die Zusammengehörigkeit der Begriffe "real existierender Sozialismus" und "Krise", die unauflösbar ist. Noch vor kurzem bestanden SED-Experten darauf: "Der Marxismus-Leninismus vertritt bekanntlich die Auffassung, daß unsere Epoche die des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist" (Max Schmidt/Wolfgang Schwarz, Umfassende internationale Sicherheit, in: IPW-Berichte, Nr. 10/1987, S. 7), während Gorbatschow-Berater Prof. Primakow bereits erkannt hatte, daß diese These des Marxismus-Leninismus bislang "keine Bestätigung" fand (Jewgeni Primakow, Der Kapitalismus in der wechselseitig verbundenen Welt, in: Gesellschaftswissenschaften, Nr. 4/1988, S. 63).

Die SED der DDR hielt beharrlich am klassischen Dogmatismus fest, weil sie befürchtete, durch die Reformen könnte der Kapitalismus restauriert werden. Die SED-Ideologie betrachtete daher Markt und Sozialismus als einen antagonistischen (unversöhnlichen) Widerspruch. Für die SED galt der Markt als eine Kategorie des kapitalistischen Privateigentums, die

Arbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeit und Auslieferung an das Auslandskapital bedeutet. Arbeits- und Kapitalmarkt gelten in ihren Augen daher als unvereinbar mit sozialistischen Prinzipien (vgl. Helmut Koziol/Otto Reinhold, Plan und Markt im System unserer sozialistischen Planwirtschaft, in: Einheit, Nr. 1/1989).

Die SED-Ideologen waren nicht bereit anzuerkennen, daß es ökonomische Gesetzmäßigkeiten gibt, die unabhängig vom Gesellschaftssystem, ob Realsozialismus oder Kapitalismus, wirken. Sie kritisierten das kapitalistische System nicht vom wirtschaftlichen, sondern vom ideologischen Standpunkt (Privateigentum, Klassenausbeutung, soziale Ungerechtigkeit usw.). Somit wurde die SED-Ideologie von einer reinen Kapitalismusfeindlichkeit beherrscht, ohne eine mit wirtschaftlichen Argumenten begründete Alternative aufzuzeigen. Folglich war der ausschließlich durch ideologische Motive begründete Antikapitalismus der SED zugleich wirtschaftsfeindlich. Diese antikapitalistische (wirtschaftsfeindliche) Ideologie verhinderte die Durchführung von (den Kapitalismus ersetzenden) ökonomischen Aufgaben in der DDR. Indem sie die Methoden der Marktwirtschaft von vornherein ablehnte, vernachlässigte sie zugleich ökonomische Gesetze wie Wirtschaftlichkeit und Effektivität, die unabhängig von den Gesellschaftssystemen wirken. Privat- und Gruppeninteressen wurden zugunsten allgemeiner gesellschaftlicher und Staatsinteressen zurückgedrängt. Der SED-Ideologie fehlte ein politisch-ethisches Wertesystem, das ein wirksames Wirtschaften zuläßt und sichert. Da die Widersprüche zwischen den ideologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten antagonistisch sind, waren Konflikte in der von der SED-Ideologie beherrschten DDR-Gesellschaft vorprogrammiert. Eine Volkswirtschaft läßt sich nicht allein auf der Grundlage des Antikapitalismus entwickeln. Sie bedarf der Anwendung allgemein gültiger ökonomischer Gesetze. Solange die SED-Ideologie die Gefangene ihrer dualistischen Theorie bleibt, hat der Realsozialismus der DDR unter ihrer Führung kaum eine Chance, den Kapitalismus historisch zu überholen.

Im Wirtschaftssystem der DDR bestimmten bisher ideologische Prinzipien, welche Zielsetzungen als sozial oder antisozial anzusehen sind. Das Bedarfssystem der Gesellschaft wurde zentral festgelegt, ohne Rücksicht auf individuelle Bedürfnisse. Da die ideologisch motivierte Wirtschaftspolitik die individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten nicht berücksichtigte, herrschte Mangelwirtschaft vor. Zu den Einkommensquellen des Individuums gehörten Prämien, Direkthilfen und Zuwendungen, ohne daß dafür eine adäquate Gegenleistung erbracht worden wäre. Von der SED-Ideologie wurde die zentrale staatliche Planung mit Planmäßigkeit gleichgesetzt, obwohl staatliche Planung nur eine Methode der Planmäßigkeit ist. Auf diese Weise kritisierte die SED den Verzicht auf die Verbindlichkeit der zentralen Wirtschaftsplanung in Polen und Ungarn und trat für eine planmäßige Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse durch Weisungen von oben ein.

Die gegenwärtige ideologische Desorientierung der SED ist mit der allgemeinen Wertekrise im Realsozialismus eng verknüpft. Auch die realsozialistische Gesellschaft der DDR lebte mit Illusionen. Sie ergaben sich aus einem von den SED-Ideologen ausgearbeiteten abstrakten Moralsystem, dessen Werte - wie soziale Gleichheit oder Existenzsicherheit (Vollbeschäftigung) - quasi über den Köpfen der DDR-Bürger "schwebten". Der täglich wiederholte Slogan der SED-Propaganda von der sog. "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" blieb eine leere Worthülse (z.B. Helmut Koziolk, Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik - Kern unserer ökonomischen Strategie, in: Einheit, Nr. 6/1989). Wie zuvor die anderen regierenden kommunistischen Parteien in Osteuropa mußte auch die SED erkennen, daß der Staat auf die Dauer die enormen Subventionen zum Nachweis der Vorzüge des Realsozialismus nicht mehr verkraften kann. Insofern stellt sich die Frage, ob die SED die Idee der Gleichheit, die im Sozialismus einen positiven Wert darstellt, verwirklicht hat. Kann das real existierende Gesellschaftssystem in der DDR aufgrund dieses nicht eingelösten Versprechens überhaupt als Sozialismus bezeichnet werden?

Für die SED-Ideologie war bis zur Wende die Politökonomie des Sozialismus gültig, die von Stalin entwickelt wurde. Sie lehnte es ab, "kapitalistische Methoden" einzuführen, um die Wirksamkeit des Wirtschaftssystems zu erhöhen. Ihr fehlte die Einsicht, daß in der Weltwirtschaft nach wie vor der Kapitalismus dominiert - ein Kapitalismus, der eine sprunghafte technologische Entwicklung hervorgebracht hat, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Um den Anschluß an die Weltwirtschaft, die grundlegend kapitalistisch ist, nicht zu verpassen, waren die Länder des Realsozialismus gezwungen, ihre bisherige politisch-ökonomische Struktur zu verändern. Damit stand die Reform des Wirtschaftssystems in Richtung "Marktsozialismus" auf der Tagesordnung, wollte man nicht Gefahr laufen, daß der Realsozialismus am Rande der Weltwirtschaft als "lokale Erscheinung" verkümmert. Die eingeleiteten Reformmaßnahmen dienten vornehmlich dazu, den Realsozialismus zu "retten", d.h. seine Weiterentwicklung unter den Bedingungen der vom Kapitalismus beherrschten Weltwirtschaft zu sichern. Die notwendigen Reformen in Richtung "Marktsozialismus" erforderten auch neue ideologische Prinzipien. Es mußte akzeptiert werden, daß das, was sich im Kapitalismus als richtig erwiesen hat, auch im Sozialismus angewandt werden kann. Dazu gehört, daß das Wertgesetz Gültigkeit hat, so lange es eine Warenproduktion gibt, daß die bislang verpönten Kategorien wie Arbeitslosigkeit, Konkurrenz, Konkurs, Kapitalmarkt, Kreditmarkt, Finanzmarkt und Arbeitskräftemarkt eingeführt werden.

Die allgemeine Krise der poststalinistischen Wirtschaftsstrukturen in den Ländern des Realsozialismus hatte spätestens 1987/88 auch die DDR erfaßt (Zunahme der Verschuldung, Rückgang des innerdeutschen Handels, Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, Planungsmängel, Versorgungsprobleme usw.). Aber auch nach der Wende ließ die Regierung Modrow vorerst nicht die Absicht erkennen, tiefgreifende Wirtschaftsreformen durchzuführen. Zwar gilt die Gründung von Joint Ventures mit westlichen Firmen auf DDR-Territorium nicht mehr als Ta-

bu, und SED-Professor Otto Reinhold sprach plötzlich von einer "marktorientierten Planwirtschaft", die die DDR anstreben sollte (FAZ, 7. November 1989). Im Endeffekt bleibt jedoch für die DDR - ebenso wie für andere realsozialistische Länder - nur die Alternative, eine grundlegend neue, moderne Marktwirtschaft aufzubauen. Die gegenwärtige Agonie der wirtschaftlichen "Perestrojka" in der Sowjetunion zeigt, wie schwer es ist, poststalinistische Wirtschaftsstrukturen zu reformieren. Inzwischen hat auch das SED-Zentralorgan erkannt, daß sich ökonomische Gesetze nicht "überlisten" lassen (Neues Deutschland, 13. November 1989, S. 6).

In unserer Zeit wurden vornehmlich drei Wirtschaftsmodelle praktiziert. Das überzentralisierte staatsmonopolistische Wirtschaftsmodell der von kommunistischen Parteien regierten Länder des Realsozialismus erwies sich als ineffektiv. Das neoliberale Wirtschaftsmodell (Milton Friedman) der Konservativen ist zwar wirksam, läßt sich aber nur auf Kosten armer Bevölkerungsschichten verwirklichen. Das sozialdemokratische Modell weist dagegen nicht nur wirtschaftliche Dynamik auf, sondern es unterstützt auch die ärmeren Bevölkerungsschichten und berücksichtigt die Belange von Gesellschaft und Kultur. Die Vorzüge des sozialdemokratischen Wirtschaftsmodells gegenüber dem staatsmonopolistischen und neoliberalen Modell sind daher offenkundig.

Dialogfähigkeit und Dialogbereitschaft

Im Führungsapparat einiger regierender kommunistischer Parteien, so in der Sowjetunion, Polen und Ungarn, setzte sich in den 80er Jahren immer mehr die Erkenntnis durch, daß eine erfolgreiche Umgestaltung der Wirtschaft ohne die entsprechende Reform der politischen Institutionen nicht möglich ist. Eine politische Reform setzt ihrerseits die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog nach innen voraus. Die Bereitschaft zum Dialog der Machthabenden mit anderen relevan-

ten gesellschaftlichen Kräften und Gruppen war zunächst in der Sowjetunion, Polen und Ungarn vorhanden. Die SED-Ideologie hatte dagegen ihrer Dialogbereitschaft und -fähigkeit selbst Schranken gesetzt, indem sie die DDR frühzeitig zum Staat des "entwickelten Sozialismus" deklarierte. Ein solches fortgeschrittenes Stadium des "entwickelten Sozialismus" schloß die Existenz ideologischer Gegner, mit denen die SED einen Dialog hätte führen können/müssen, von vornherein aus.

Trotzdem ist die "zivile Gesellschaft" (civil society) in der DDR auch nach 40 Jahren Befehlswirtschaft und Einparteiendiktatur nicht verschwunden. Die bislang unterdrückte zivile Gesellschaft artikulierte sich auf den Straßen ("Wir sind das Volk") und organisierte sich in oppositionellen Bewegungen und Parteien sowie in zahlreichen Initiativ- und Basisgruppen: Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, Demokratie jetzt, Vereinigte Linke, Sozialdemokratische Partei, Grüne Partei usw. Der Wille des Volkes ist es, das bisherige Wirtschafts- und Herrschaftssystem durch eine Marktwirtschaft auf der Grundlage gemischter Eigentumsformen und durch parlamentarische Demokratie und freie Wahlen auf der Grundlage eines Mehrparteiensystems abzulösen.

Der SED blieb nur die Wahl, zunächst Dialogbereitschaft zu zeigen. Ob die SED auch dialogfähig wird, muß die Zukunft zeigen. Zur Dialogfähigkeit ist eine ideologische Erneuerung der SED notwendig. An der SED-Basis regten sich zwar schon die "Reformkommunisten". Doch der SED-Ideologe Otto Reinhold beharrte auch nach der Wende auf der führenden Rolle der SED und darauf, daß es in der DDR "kein ideologisches Vakuum geben kann" (Otto Reinhold, Auf der Suche nach den besten Lösungen, in: Einheit, Nr. 11/1989, S. 988). Diese nach seiner Meinung beste Lösung zog Reinhold auf einer Podiumsdiskussion mit dem oppositionellen "Neuen Forum" in Potsdam selbst in Zweifel, als er meinte, die jüngste SED-Politik sei mit der marxistischen Auffassung von der führenden Rolle der

marxistischen Partei nicht in Übereinstimmung zu bringen. Die Zuhörer warfen ihm daraufhin vor, er gehöre auch zu den "Wendehälsen" (ADN, 19. November 1989). Inzwischen ließ die SED die "führende Rolle der Partei" aus der Verfassung streichen.

In einem Punkt könnte der SED-Ideologe Prof. Reinhold allerdings Recht haben, indem er nämlich feststellte, daß die DDR nur als ein sozialistischer Staat denkbar ist (Horizont, Nr. 10/1989). Auch die neu entstandenen oppositionellen Bewegungen in der DDR wünschen sich mehrheitlich den Sozialismus, allerdings einen demokratischen Sozialismus in einer pluralistischen Gesellschaft auf der Grundlage eines Mehrparteiensystems - möglichst ohne die SED.